

Monatsbericht Februar 2021



Erkenntnisse des LfV zum Monat Februar 2021

A. Rechtsextremismus

Überblick über alle dem LfV bekannten rechtsextremistischen Aktivitäten sowie Aktivitäten unter Beteiligung von Rechtsextremisten

Datum	Ort	Veranstalter	Teilnehmerzahl	Beschreibung
06.02.2021	Chemnitz	Nichtextremisten	Beteiligung von mind. zwei Rechtsextremisten	Versammlung zum Thema „Wahrheit - Freiheit - Frieden“
13.02.2021	Zittau	JN	nicht bekannt	Banneraktion anlässlich des Gedenkens zum 13. Februar
13.02.2021	Sachsen	JN	mind. 5	Banneraktion an Autobahnbrücken anlässlich des Gedenkens zum 13. Februar
13.02.2021	Dresden	Rechtsextremisten, JN	ca. 790	Kundgebung anlässlich des Gedenkens zum 13. Februar
13.02.2021	Dresden	IDENTITÄRE BEWEGUNG	mind. 7	Kranzniederlegungen anlässlich des Gedenkens zum 13. Februar
14.02.2021	Friedhof Dresden Plauen/	Rechtsextremisten	mind. 2	Kranzniederlegungen anlässlich des Gedenkens zum 13. Februar



	Denkmal Altnickern/ Trümmerfrau			
21.02.2021	Plauen	Partei DER DRITTE WEG Stützpunkt Vogtland	ca. 70	Kundgebung „ <i>Diese Politik ist gefährlicher als Corona! Zwangsmaßnahmen stoppen!</i> “

Im Februar 2021 fanden zudem in verschiedenen Orten des Freistaates Sachsen zahlreiche Protestaktionen gegen Corona-Maßnahmen statt, an denen sich auch Rechtsextremisten beteiligten.

Relevante (herausragende) Einzelereignisse im Berichtsmonat

- **13.02.2021: Veranstaltung der rechtsextremistischen Szene anlässlich des Jahrestages der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg**

Seit Jahren stellt der 13. Februar als Gedenktag an die Bombardierung der Stadt Dresden im Jahr 1945 landes- und bundesweit das Hauptereignis „historischen Gedenkens“ der rechtsextremistischen Szene dar. Aufgrund der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Beschränkungen war die Versammlung in diesem Jahr nur als stationäre Kundgebung genehmigt worden. Trotz der Planungsunsicherheit und einer im Vergleich zu beiden Vorjahren geringeren Mobilisierung nahmen ca. 790 Teilnehmer (2019: 1.500, 2020: 1.300) an der Veranstaltung teil. Die relativ hohe Teilnehmerzahl ist auf die erstmalige Beteiligung der Partei DER DRITTE WEG zurückzuführen, die mit 170 Personen vor Ort war. In den vergangenen Jahren hatte DER DRITTE WEG jeweils zu einer eigenen Veranstaltung unter dem Motto „*Ein Licht für Dresden*“ mobilisiert.

Zu den Rednern während der Veranstaltung am 13. Februar 2021 in Dresden gehörten, neben Versammlungsleiter Maik MÜLLER, der Bundesvorsitzende der JUNGEN NATIONALISTEN (JN) Paul RZEHACZEK, die Autorin der DEUTSCHEN STIMME Edda SCHMIDT, der Dortmunder Stadtrat für DIE RECHTE Matthias DEYDA, der Vorsitzenden der Partei DER DRITTE WEG Klaus ARMSTROFF sowie ein spanischer Rechtsextremist. Des Weiteren wurden Grußworte von weiteren europäischen

Rechtsextremisten vorgelesen. Matthias DEYDA bezeichnete den Angriff der Alliierten als „Bombenholocaust“. Die Redner forderten überdies einen offiziellen Gedenktag für die Opfer des Bombenangriffs.

- **Veranstaltungen gegen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Eindämmung der Corona-Pandemie**
 - 06.02.2021: Beteiligung und Teilnahme von Rechtsextremisten an nicht-extremistischer Versammlung gegen die Corona-Beschränkungen

Am 6. Februar fanden im Vorfeld der Versammlung unter dem Motto „*Wahrheit – Freiheit – Frieden*“ mehrere Autokorsos statt, bei denen ausgehend von verschiedenen Orten ca. 300 Fahrzeuge sternförmig in Zwickau zusammentrafen und anschließend zum Versammlungsort nach Chemnitz fuhren. Zu dieser Versammlung rief eine Bürgerinitiative auf, bezüglich derer keine rechtsextremistischen Bezüge bekannt sind. Bei der Versammlung in Chemnitz wurden durch die Polizei nur die ca. 1.000 angemeldeten Personen auf das Veranstaltungsgelände gelassen.

Unter den Teilnehmern der Versammlung wurden Patrick GENTSCH, Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Zwickau-Vogtland, sowie ein Angehöriger der rechtsextremistischen Bürgerbewegung PRO CHEMNITZ festgestellt, der auch auf seinem Youtube-Kanal über die Veranstaltung berichtete. Bereits im Vorfeld verteilten Anhänger von PRO CHEMNITZ bei einer Kundgebung gegen die Corona-Beschränkungen am 1. Februar in Oelsnitz (Erzgebirgskreis) Flyer, um für die Versammlung am 6. Februar in Chemnitz zu mobilisieren.

- 20.02.2021: Autokorso durch den Vogtlandkreis mit anschließender Kundgebung in Annaberg-Buchholz (Erzgebirgskreis)

Im Vorfeld wurde bekannt, dass ein NPD-Mitglied und eine Person aus dem Umfeld von PRO CHEMNITZ in den sozialen Netzwerken für die Teilnahme an der nicht-extremistischen Protestveranstaltung mobilisierten.

Die Protestveranstaltung gegen die Corona-Maßnahmen begann als Autokorso. Etwa 100 Fahrzeuge mit ca. 130 Teilnehmern fuhren von Annaberg-Buchholz über Schwarzenberg (Erzgebirgskreis) durch den Vogtlandkreis wieder nach Annaberg-Buchholz. Der Korso wurde zum Teil live im

Internet gestreamt. Auf der Strecke gab es mehrere Stopps, welche für stationäre Kundgebungen genutzt wurden.

Im Anschluss an den Korso fand in Annaberg-Buchholz die angemeldete Versammlung unter dem Motto „*Erzgebirge steht auf! - Aus einem medizinischen Verdacht wird aus politischen Gründen eine Diktatur etabliert*“ statt. An der Veranstaltung nahmen ca. 720 Personen teil, wobei das rechtsextremistische Lager nicht die Mehrheit der Demonstranten stellte. Die Gesamtzahl der teilnehmenden Rechtsextremisten ist nicht bekannt. Zu den Rednern gehörten u. a. Stefan HARTUNG (NPD) und Martin KOHLMANN (PRO CHEMNITZ). Der TV-Sender des „DEUTSCHE STIMME“ – Verlages berichtete über die Veranstaltung vor Ort. Peter SCHREIBER, Vorsitzender des NPD-Landesverbandes Sachsen und zugleich Chefredakteur des „DEUTSCHE STIMME“-Verlages, interviewte verschiedene Teilnehmer. Zudem wurden einzelne Redebeiträge in einem Videozuschnitt auf den Social-Media-Kanälen veröffentlicht. Auch ein Vertreter von PRO CHEMNITZ berichtete auf seinem Youtube-Kanal über die Veranstaltung mit einem Livestream.

- 21.02.2021: Kundgebung der Partei DER DRITTE WEG in Plauen (Vogtlandkreis)

Etwa 70 Personen beteiligten sich an einer Kundgebung unter dem Motto „*Diese Politik ist gefährlicher als Corona! Zwangsmaßnahmen stoppen!*“ der Partei DER DRITTE WEG. Diese Kundgebung wurde durch den Stützpunktleiter der Partei angemeldet. Als Redner trat u. a. der Landesvorsitzende der Partei DER DRITTE WEG, Tony GENTSCH, auf. Bereits im Oktober 2020 thematisierte die Partei den Protest gegen die Corona-Maßnahmen bei einer öffentlichen Veranstaltung.

Fazit, Ausblick, Konsequenzen

Der 13. Februar als Gedenktag bleibt trotz der Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen im Berichtsjahr das Hauptereignis „historischen Gedenkens“ der rechtsextremistischen Szene in Sachsen mit bundesweiter Beteiligung. Hervorzuheben ist die erstmalige Beteiligung der Partei DER DRITTE WEG an der Veranstaltung der NEONATIONALSOZIALISTEN in Dresden. Hier hat offensichtlich ein Umdenken seitens des Veranstalters stattgefunden, der in den zurückliegenden Jahren die Beteiligung des DRITTEN WEGES ablehnte.

Die verlängerten Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen im Zuge der Corona-Krise haben weiterhin entscheidenden Einfluss auf das Aktionsniveau der rechtsextremistischen Szene in Sachsen. Insbesondere können die sonst regelmäßig durchgeführten rechtsextremistischen Musikveranstaltungen weiterhin nicht stattfinden. Rechtsextremisten beteiligten sich dafür auch im Februar 2021 in verschiedenen sächsischen Orten an diversen Protestveranstaltungen gegen die Beschränkungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.

Mit der langen Dauer der Beschränkungsmaßnahmen für die Bürger, um die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen, mehren sich Kritik und Widerstand gegen diese Maßnahmen. Dies wurde auch bei den Veranstaltungen am 6. Februar in Chemnitz und 20. Februar in Annaberg-Buchholz deutlich und spiegelt sich in den anwachsenden Teilnehmerzahlen bei den erst seit kurzem durchgeführten Autokorsos und bei der anschließenden Kundgebung wider. Bisher liegen keine tatsächlichen Anhaltspunkte vor, dass von diesen Veranstaltungen rechtsextremistische Bestrebungen ausgehen. Jedoch zeigt der öffentliche Auftritt von als Rechtsextremisten bekannten Rednern, dass es Ziel der rechtsextremistischen Szene ist, das in seiner Gesamtheit nicht-extremistische Protestgeschehen für ihre Zwecke zu missbrauchen bzw. zu instrumentalisieren. Festzustellen ist ebenfalls, dass sich die nicht-extremistischen Veranstalter bewusst nicht von den beteiligten Rechtsextremisten abgrenzten, sondern diesen im Gegenteil mit den ermöglichten Redeauftritten eine entsprechende Plattform boten. Dass die Partei DER DRITTE WEG nur einen Tag nach dem Autokorso mit anschließender Kundgebung im Vogtlandkreis eine eigene Kundgebung zum selben Thema organisierte, zeugt von der Absicht der Partei, vor der Bundestagswahl im September 2021 an Popularität in der Bevölkerung zu gewinnen.



B. Linksextremismus

Relevante (herausragende) Einzelereignisse im Berichtsmonat

- **Beteiligung von Linksextremisten an Protestaktionen gegen eine Versammlung von Rechtsextremisten am 13. Februar 2021**

Eine aus linksextremistischen Kreisen bekannte Person war Anmelder und Leiter einer Versammlung am Dresdner Hauptbahnhof, die sich gegen eine in der Nähe durchgeführte Kundgebung von Rechtsextremisten richtete. An der Versammlung nahmen insgesamt rund 830 Personen teil, darunter etwa 250 Linksextremisten. Die Veranstaltung verlief ohne relevante Vorkommnisse. Lediglich wegen zu hoher Lautstärke – verursacht durch Trommler – mussten Versammlungsbehörde und Polizei regulierend eingreifen.

Mit etwa 250 lag die Zahl der an den Protestaktionen beteiligten Linksextremisten – wie im Vorfeld prognostiziert – auf dem Niveau der Vorjahre. Die Intensität der Aktionen fiel allerdings deutlich geringer aus als zuletzt. Dies lag vor allem an folgenden Gründen:

- Der politische Gegner führte lediglich eine stationäre Kundgebung durch und nicht – wie in den vergangenen Jahren – Demonstrationen durch die Dresdner Innenstadt, die von linksextremistischen Akteuren leichter angreifbar gewesen wären.
- Die weitreichenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens durch die Coronapandemie zeigten sich schon bei der Mobilisierung und schließlich auch bei der Teilnahmebereitschaft deutlich.
- Der Bedeutungsverlust des Termins in der bundesweiten linksextremistischen Szene hält weiter an. Schon im Vorfeld konnte nur eine relativ geringe Resonanz ausschließlich in der sächsischen linksextremistischen Szene festgestellt werden. Zu den Protestaktionen mobilisiert hatten folgende sächsische Gruppierungen:
 - die linksextremistische UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA (URA DRESDEN),
 - die nicht-extremistische Dresdner Gruppe HOPE, die mobilisierungsrelevant für Linksextremisten ist,

- NIKA Sachsen, die sächsische Struktur der bundesweiten Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ des linksextremistischen „...UMSGANZE!“-Bündnisses,
- der Aufruf „13 Februar Dresden“ bei de.indymedia.org von unbekanntenen Autoren offenbar aus Leipzig, in dem angekündigt wurde: „[...] *laut und militant widerstand [zu] leisten [...]*“ sowie
- die Facebookseite „AntifainfosMobilisierungen“, die auf den beim nicht-extremistischen Bündnis „Dresden Nazifrei“ veröffentlichten Aufruf sowie die darin formulierten Blockadeabsichten hinwies.

- **Beteiligung von Linksextremisten an Gedenkkundgebungen und weiteren Aktionen aus Anlass des Jahrestages des rechtsextremistischen Anschlags in Hanau (Hessen)**

Am 19. Februar 2021 beteiligten sich sächsische Linksextremisten an mehreren Gedenkkundgebungen in Leipzig, Dresden und Chemnitz.

In Leipzig nahmen insgesamt etwa 1.300 Personen, darunter auch AUTONOME, an zwei teilweise ineinander übergehenden Veranstaltungen teil. Eine Gedenkkundgebung „*Ein Jahr nach Hanau – Gemeinsam gedenken, gemeinsam kämpfen!*“ fand im Stadtteilpark Rabet im Leipziger Osten statt. An ihr beteiligten sich über 800 Personen. Eine zweite Gedenkkundgebung fand im Karl-Heine-Park im Westen von Leipzig statt. An ihr beteiligten sich etwa 500 Personen.

In Dresden beteiligten sich rund 600 Personen, darunter AUTONOME, an der Gedenkkundgebung „*Wir klagen an! Ein Jahr nach dem rassistischen Terroranschlag in Hanau*“. Die linksextremistische Gruppe UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA (URA DRESDEN) hatte sich hieran beteiligt und berichtete auf Twitter live von der Veranstaltung. In Chemnitz nahmen ca. 230 Personen, darunter einzelne AUTONOME, an einer Versammlung „*Gedenken zum Jahrestag des rassistischen Anschlags in Hanau [...]*“ teil.

Neben den öffentlichen Veranstaltungen kam es in diesem Zusammenhang zu mehreren Sachbeschädigungen. In Dresden-Tolkewitz wurden am Elberadweg mehrere Schriftzüge, u. a. „*Bullen.Schwein.Mörder, Hanau Niemals Vergessen*“ sowie diverse Antifa-Symbole auf



eine Mauer gesprüht. Weitere themenbezogene Graffiti wurden am Elberadweg in der Nähe des Sächsischen Landtages angebracht. In Chemnitz wurde an einer Hauswand ein großflächiges Graffito mit den Namen der Opfer angebracht. Hierzu wurde auf „de.indymedia.org“ ein Tatbekenntnis mit einem dazugehörigen Videolink veröffentlicht, das die Sprayaktion im Zeitraffer zeigt. Zudem wurde ein Gruppenfoto eingestellt, das etwa 20 Personen aktionsorientierter Klientel mit gezündeter Pyrotechnik und Fahnen der „Antifaschistischen Aktion“ und der „YPG“ vor der Graffitiwand zeigt. Außerdem wurden Straßenschilder mit den Namen der Opfer überklebt. An einem Brückengeländer der Bundesautobahn 4 befestigten Unbekannte ein Banner mit der Aufschrift *“Rassismus tötet 19.02. Hanau”*. In Freiberg wurden der Schriftzug *„Hanau rächen – Nazis boxen“* sowie ein Anarchie-Zeichen an eine Garage geschmiert.

Ziel der öffentlichen Veranstaltungen war es nicht nur, den Opfern des Anschlages von Hanau zu gedenken, sondern auch auf den angeblich „institutionellen Rassismus“ der Behörden aufmerksam zu machen. Im Leipziger Aufruf hieß es dazu wie folgt: *„Die Namen der Opfer unvergessen machen. Ihre Namen sollen erinnern und mahnen, den rassistischen Normalzustand im Alltag, in den Behörden, den Sicherheitsapparaten und überall zu beenden. Der rassistische Anschlag war auch ein Ergebnis der rechten Hetze von Politiker:innen, Parteien und Medien. Behörden und Sicherheitsapparate haben ihn durch ihre strukturelle Inkompetenz und Ignoranz weder verhindert noch aufgeklärt.“*

Mit einer Teilnahme von Linksextremisten an den Kundgebungen war aufgrund der Mobilisierung durch die linksextremistischen Gruppen PRISMA-INTERVENTIONISTISCHE LINKE LEIPZIG und URA DRESDEN sowie in einschlägigen sozialen Medien zu rechnen. Da es sich um Gedenkveranstaltungen handelte, verliefen die Veranstaltungen wie erwartet störungsfrei. Sie stießen auf eine deutlich größere Teilnehmer-Resonanz als von den Organisatoren erwartet. Die Sachbeschädigungen zeigen jedoch auch, dass jederzeit mit Störaktionen und Straftaten durch die linksextremistische Szene zu rechnen ist.

Fazit, Ausblick, Konsequenzen

Das öffentliche Aktionsniveau von bzw. mit Beteiligung von sächsischen Linksextremisten stieg im Februar gegenüber dem Vormonat deutlich an. Ausschlaggebend hierfür waren der 13. Februar in Dresden und der erste Jahrestag des rechtsextremistischen Anschlags in Hanau. Beide Ereignisse veranlassten Linksextremisten zu verschiedenen Aktivitäten. Mit insgesamt acht öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten ist jedoch weiterhin ein vergleichsweise niedriges Aktionsniveau zu beobachten. Ursächlich hierfür dürften die weiterhin umfassenden Beschränkungen des öffentlichen Lebens im Rahmen der Pandemie-Bekämpfung sein. Regionale Schwerpunkte öffentlicher Aktivitäten waren Leipzig und Dresden. Inhaltlich griffen Linksextremisten vor allem die Themenfelder Antifaschismus und Antirassismus auf.

Auch im März ist aufgrund der absehbar anhaltenden Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung mit einem niedrigen öffentlichen Aktionsniveau der linksextremistischen Szene zu rechnen.



C. Islamismus / Islamistischer Terrorismus

Kein Beitrag

D. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug

Relevante (herausragende) Einzelereignisse im Berichtsmonat

- **Militäroffensive der Türkei und 22. Jahrestag der Festnahme Abdullah ÖCALANS bestimmen die zahlreichen Aktivitäten der PKK im Februar 2021**

Die in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegte ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK) führte im Monat Februar zahlreiche öffentlichkeitswirksame Aktionen in Deutschland und anderen europäischen Ländern durch. Hintergrund waren eine erneute Militäroffensive der Türkei im Nordirak sowie eine Aktionskampagne anlässlich des 22. Jahrestages der Festnahme des PKK-Gründers Abdullah ÖCALAN.

Der Dachverband der PKK-nahen Vereine in Deutschland, KONFÖDERATION DER GEMEINSCHAFTEN KURDISTANS IN DEUTSCHLAND E. V. (KON-MED), hatte anlässlich des Besuchs des türkischen Verteidigungsministers in Berlin am 2. Februar 2021 zu Protesten aufgerufen. Dem folgend wurden vor dem Büro des CDU-Kreisverbandes in Dresden Schilder niedergelegt, mit denen gegen den Krieg der Türkei in Nordsyrien protestiert wurde. In der darauffolgenden Nacht beschmierten Unbekannte die Außenwände der Fatih-Moschee in Dresden, die zum islamischen Religionsverband DITIB gehört. Dabei wurden die Parole „*BIJI YPG*“ („*Hoch lebe die YPG*“) sowie die Farben der VOLKSVERTEIDIGUNGSEINHEITEN YPG, dem bewaffneten Arm der syrischen Fraktion der PKK, angebracht. Ähnliche Schmierereien fanden sich an einem CDU-Bürgerbüro in Dresden. Außerdem war an der Moschee die Parole „*Nieder mit Erdogan!*“ zu lesen.

Aufgrund der am 10. Februar begonnenen Intensivierung des militärischen Vorgehens der Türkei im Nordirak rief die PKK-Europaführung KONGRESS DER KURDISCH-DEMOKRATISCHEN

GESELLSCHAFT KURDISTANS IN EUROPA (KCDK-E) zum Protest auf. In diesem Zusammenhang fanden am 11. Februar Kundgebungen in Dresden und Leipzig statt, bei denen Fahnen der PKK-FRAUENORGANISATION TJK-E, der VOLKSVERTEIDIGUNGSEINHEITEN YPG, der FRAUENKAMPFVERBÄNDE YPJ, der PAJK, einer Schwesterorganisation der PKK, sowie der Antifa, als Ausdruck der Kurdistansolidarität deutscher Linksextremisten, gezeigt wurden. Die Veranstaltungen verliefen friedlich.

Außerdem hatte nach Angaben der PKK-nahen Nachrichtenagentur „Firat News Agency“ (ANF) die PKK-Europaführung KCDK-E für den Zeitraum vom 1. bis 15. Februar zu einer Aktionskampagne anlässlich der „Verschleppung Öcalans“ aufgerufen. Mit zahlreichen Veranstaltungen wurde bundesweit der Forderung nach einer Freilassung ÖCALANS Nachdruck verliehen.

Ferner kam es am 12. Februar in der Nähe des sächsischen Landtages in Dresden zu der Selbstverbrennung des 49-jährigen PKK-Anhängers Halil ŞEN, der in Folge der Verletzungen verstarb. Laut ANF hinterließ er einen Brief, in dem er die Beweggründe, die ihn zu dieser Tat veranlasst haben, wie folgt schildert: *„Die Isolation gegen Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali. Seit Monaten dringt kein Lebenszeichen des Volksrepräsentanten an die Öffentlichkeit. (...) Tausende kurdische Frauen sind im Gefängnis. Dagegen rebelliere ich.“*

Um Halil ŞEN zu gedenken und gleichzeitig ihren politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen, fand am 16. Februar in Dresden eine Gedenkveranstaltung mit etwa 150 Teilnehmern statt. Auch im Rahmen einer Kundgebung am 27. Februar in Dresden, die unter dem Motto *„Die Zeit ist reif – Freiheit für Öcalan“* stand, wurde dem Verstorbenen gedacht. Im Zusammenhang mit der Veranstaltung wurde eine Mauer mit dem Schriftzug *„Free Öcalan!“* beschmiert. Höhepunkt war am 3. März eine Gedenkveranstaltung des DRESDNER VEREINS DEUTSCH KURDISCHER BEGEGNUNGEN E.V., dem Halil ŞEN viele Jahre angehörte, bei der sich ca. 300 Teilnehmer am Sarg des Verstorbenen zusammenfanden. Der Ko-Vorsitzende des KCDK-E wies in seiner Rede darauf hin, dass ŞEN nicht nur gegen die Isolation ÖCALANS protestierte, sondern gleichzeitig die Kurdinnen und Kurden in Europa für ihre Passivität

kritisiert habe. Der Sarg war mit Kränzen des KCDK-E, KON-MED und der TJK-E geschmückt. ANF wies im Zusammenhang mit dem Suizid darauf hin, dass der Akt der Selbstverbrennung eine der extremsten Formen des politischen Protests darstelle, welche von Seiten ÖCALANS und der kurdischen Befreiungsbewegung wiederholt kritisiert worden sei. Auch der DRESDNER VEREIN DEUTSCH KURDISCHER BEGEGNUNGEN E.V. betonte nochmals mit Nachdruck, dass die Selbstverbrennung als Protestform abgelehnt werde. Mitglieder und Sympathisierende wurden aufgerufen, sich mit demokratischen Aktionsformen für die Freiheit und Rechte der kurdischen Bevölkerung einzusetzen.

Fazit, Ausblick, Konsequenzen

In Abhängigkeit vom weiteren militärischen Vorgehen der Türkei wird mit einem anhaltenden Demonstrationsgeschehen gerechnet. Einzelne strafrechtlich relevante Aktionen sind auch in Sachsen zu befürchten. Außerdem werden die Bemühungen für eine Freilassung ÖCALANS als eine der zentralen Forderungen der PKK und deutscher Linksextremisten fortgesetzt werden. Es wird eingeschätzt, dass die Selbstverbrennung Halil ŞENS zu einer weiteren Emotionalisierung in der Auseinandersetzung führen wird. Mit Blick auf das Betätigungsverbot der PKK und dem Bestreben nach Aufhebung des Verbots seitens der PKK wird allerdings von einem grundsätzlich friedlichen Agieren ausgegangen.





Herausgeber:

Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen
Neuländer Straße 60
01129 Dresden
Tel.: (0351) 8 58 50
E-Mail: verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de
Internet: www.verfassungsschutz.sachsen.de

Redaktion:

Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktionsschluss:

23. März 2021

